



Bürgerforum zum Standortauswahlgesetz beginnt Ende Mai in Berlin

Bürgerforum zum Standortauswahlgesetz beginnt Ende Mai in Berlin
Vom 31. Mai bis zum 2. Juni 2013 veranstaltet das Bundesumweltministerium zusammen mit den Bundestagsfraktionen das öffentliche Forum zum Standortauswahlgesetz für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle. Dieses Forum hatten die Beteiligten von Bund, Ländern und Fraktionen/Parteien bei den politischen Konsensgesprächen am 9. April 2013 vereinbart. Die Veranstaltung bietet allen Interessierten die Gelegenheit, Ansichten und Anregungen zum Gesetzentwurf zu äußern, bevor Mitte Juni die abschließende Beratung im Bundestag ansteht. Die Teilnahme am Forum steht allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern offen. Die Anmeldung zur Veranstaltung erfolgt elektronisch. Interessierte können sich online unter www.bmu.de/anmeldung eintragen. Wer einen Redebeitrag halten möchte, kann sich bis zum 23. Mai 2013, 12 Uhr anmelden. Für diejenigen, die ohne Redebeitrag teilnehmen möchten, endet die Frist am 27. Mai 2013, 13.00 Uhr. Veranstaltungsort ist das Umweltforum Berlin, Pufendorfstr. 11, 10249 Berlin. Die Veranstaltung wird per Live Stream auf der Website des Bundesumweltministeriums übertragen. Neben den Stellungnahmen vor Ort können Anregungen und Kommentare auch online abgegeben werden. Ein detailliertes Programm mit allen Rednerinnen und Rednern wird ab dem 28. Mai 2013 im Internet (www.bmu.de) veröffentlicht. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) Stresemannstraße 128-130 10117 Berlin Deutschland Telefon: 0 1888 305-0 Telefax: 0 1888305-2016 Mail: presse@bmu.bund.de URL: <http://www.bmu.de>

Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

10117 Berlin

bmu.de
presse@bmu.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

10117 Berlin

bmu.de
presse@bmu.bund.de

Das Ministerium, dessen erster Dienstsitz auf Beschluss des Deutschen Bundestages Bonn ist, beschäftigt dort sowie an seinem zweiten Dienstsitz Berlin in sechs Abteilungen rund 814 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören außerdem drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.151 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.